s+w PraxisTalk

Ohne privates Kapital wird es schwierig

[03.11.2026] Die Finanzierung der Energiewende stellt Stadtwerke und Kommunen vor enorme Herausforderungen. Beim ersten stadt+werk PraxisTalk diskutierten Vertreter der Energiewirtschaft, einer Kommune und der NRW.Bank darüber, wie sich neue Kapitalquellen erschließen lassen, ohne die kommunale Handlungsfähigkeit einzuschränken.

Die Energiewende erfordert Milliardeninvestitionen in Stromnetze, Wärmeversorgung und erneuerbare Energien. Doch die finanziellen Spielräume vieler kommunaler Energieversorger sind begrenzt. Wie Stadtwerke ihre Investitionen künftig finanzieren können, stand im Mittelpunkt des ersten Live-Webinars stadt+werk PraxisTalk. Unter dem Titel Privates Kapital für die Energiewende – Wie Stadtwerke ihre Investitionen finanzieren und kommunale Handlungsfähigkeit sichern können diskutierten Manfred Ackermann, Geschäftsführer der Emscher Lippe Energie (ELE) und der Stadtwerke Gelsenkirchen, Silke Ehrbar-Wulfen, Erste Beigeordnete und Kämmerin der Stadt Recklinghausen sowie kommunale Geschäftsführerin der Stadtwerke Recklinghausen, und Hanno Beckert, Leiter Kundenbetreuung Öffentlicher Sektor bei der NRW.Bank. Moderiert wurde die Diskussion von stadt+werk-Chefredakteur Alexander Schaeff.

Klassische Finanzierung stößt an Grenzen

Wie groß die Herausforderung ist, verdeutlichte Manfred Ackermann anhand einer von PwC im Auftrag der KfW erstellten Studie. Demnach müssen kommunale Energieversorger bis 2045 rund 535 Milliarden Euro investieren. Allein für die Stromverteilnetze werden mehr als 250 Milliarden Euro benötigt, weitere 217 Milliarden Euro entfallen auf die Wärmeerzeugung. Gleichzeitig seien die Eigenkapitalquoten vieler Stadtwerke zu niedrig, um die erforderlichen Kredite aufzunehmen. Während Banken häufig Eigenkapitalquoten von 25 bis 30 Prozent voraussetzten, lägen diese bei manchen Versorgern bei lediglich zehn Prozent oder darunter.

Hinzu komme, dass sich der Investitionsbedarf durch die Energie- und Wärmewende in den kommenden Jahren teilweise verdrei- oder vervierfachen werde. Die kommunalen Gesellschafter könnten das dafür notwendige Eigenkapital vielfach nicht bereitstellen.

Silke Ehrbar-Wulfen bestätigte die angespannte Situation aus kommunaler Sicht. Viele Städte hätten inzwischen mit erheblichen Haushaltsdefiziten zu kämpfen. „Stadt und Stadtwerk sind nicht zwei voneinander unabhängige Geldtöpfe“, betonte die Kämmerin. Wenn Kommunen finanziell unter Druck stünden, könnten sie ihren Stadtwerken nicht unbegrenzt zusätzliches Eigenkapital zuführen. Gleichzeitig sei es nicht möglich, sämtliche Investitionen über neue Kredite zu finanzieren.

Deshalb müssten Kommunen auch ihre bisherigen Ausschüttungserwartungen überdenken. Entscheidend sei nicht, welche Gewinne Stadtwerke in wirtschaftlich guten Jahren abgeführt hätten, sondern welche Ausschüttungen sie langfristig erwirtschaften könnten, ohne ihre Investitionsfähigkeit zu gefährden.

Auch Hanno Beckert von der NRW.Bank beobachtet einen grundlegenden Wandel. Der Investitionsbedarf wachse deutlich schneller als die Eigenkapitalbasis vieler Versorger. Gleichzeitig achteten Banken stärker

auf Bonität, Risikoprofile und die Wirtschaftlichkeit einzelner Projekte. Das traditionelle Finanzierungsmodell, bei dem Stadtwerke ihre Investitionen weitgehend aus dem laufenden Geschäft und ergänzenden Bankkrediten finanzieren, funktioniere zunehmend nicht mehr.

Neue Finanzierungsmodelle gefragt

Ackermann plädierte deshalb dafür, dass sich Stadtwerke intensiver mit alternativen Finanzierungsmöglichkeiten beschäftigen. Er selbst hat dazu einen Finance Talk ins Leben gerufen, um den Austausch über neue Kapitalquellen zu fördern. „Wichtig ist, sich einmal alles anzuschauen, alles zu betrachten, auf den Tisch zu legen und dann die Finanzierung passend zu dem Investitionsbedarf zu strukturieren“, sagte Ackermann.

Zu den möglichen Instrumenten zählen Hybridkapital, Nachrangdarlehen, Bürgerbeteiligungen, öffentliche Fördermittel und die Beteiligung institutioneller Investoren. Insbesondere für größere Projekte könnten eigenständige Projektgesellschaften interessant sein, an denen sich Stadtwerke gemeinsam mit privaten Kapitalgebern beteiligen.

Allerdings müssten die Renditeerwartungen der Investoren zum jeweiligen Vorhaben passen. Nach Angaben Ackermanns verlangen manche Kapitalgeber Renditen von 15 Prozent und mehr. Versicherungen und Pensionsfonds seien dagegen häufig stärker an langfristig stabilen Erträgen interessiert und hätten entsprechend niedrigere Renditeanforderungen.

Beckert wies darauf hin, dass privates Kapital nicht zwangsläufig die günstigste Finanzierungsquelle sei. Sinnvoll könne es dennoch sein, wenn Investitionen dadurch überhaupt erst ermöglicht oder früher umgesetzt würden. Entscheidend sei, dass der strategische Nutzen die zusätzlichen Finanzierungskosten übersteige. Besonders interessant seien Kombinationen aus öffentlichen Förderdarlehen, privatem Eigenkapital und staatlichen Garantien zur Risikoabsicherung.

Wärmenetze als Finanzierungsbeispiel

Wie solche Modelle in der Praxis aussehen könnten, diskutierten die Teilnehmer anhand eines fiktiven Wärmenetzprojekts mit einem Investitionsvolumen von 100 Millionen Euro.

Ackermann erklärte, dass ein Stadtwerk bei einer angenommenen Eigenkapitalanforderung von 30 Prozent möglicherweise 30 Millionen Euro selbst aufbringen müsste. Für viele kommunale Versorger sei das nicht darstellbar. Er würde deshalb eine gemeinsame Projektgesellschaft mit einem privaten Investor bevorzugen.

Ehrbar-Wulfen sprach sich dagegen aus, ein solches Vorhaben mit nur einem Finanzierungsinstrument umzusetzen. Zunächst müssten die einzelnen Projektbestandteile hinsichtlich ihrer Wirtschaftlichkeit und Risiken bewertet werden. Darauf aufbauend ließen sich Förderdarlehen, langfristige Bankkredite, eigenkapitalähnliche Mittel und private Beteiligungen kombinieren. „Nicht jedes Projekt braucht dieselbe Finanzierung“, betonte sie.

Gerade für kleinere Stadtwerke seien allerdings die Mindestvolumina mancher Förderprogramme eine Hürde. Ehrbar-Wulfen regte deshalb an, entsprechende Programme auch für kleinere Investitionen zu öffnen oder mehrere Vorhaben zu bündeln. Beckert sagte zu, diese Anregung in die weiteren Gespräche über ein geplantes Nachrangdarlehensprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen einzubringen. Das

Programm soll über die NRW.Bank abgewickelt werden und nach dem damaligen Planungsstand bis zu 30 Prozent der Investitionskosten finanzieren können.

Kommunale Kontrolle erhalten

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Frage, wie Kommunen bei privaten Beteiligungen ihren Einfluss auf die Daseinsvorsorge sichern können.

Ehrbar-Wulfen verwies auf die Erfahrungen in Recklinghausen, wo die Stadt mit 50,1 Prozent an den Stadtwerken beteiligt ist und private Gesellschafter die übrigen Anteile halten. Entscheidend sei, kommunale Ziele vertraglich abzusichern. Dazu gehörten unter anderem Vorgaben zur Versorgungsqualität, Investitionspflichten, Preisgestaltung und Berichtspflichten. „Bei kritischer Infrastruktur muss die Kommune nicht zwingend jeden Euro selbst bereitstellen, aber sie muss die langfristige Steuerungsfähigkeit behalten“, erklärte die Kämmerin.

Auch Ackermann betonte, dass private Investoren und kommunale Unternehmen unterschiedliche Interessen hätten. Besonders bei hohen Renditeforderungen könne es schwierig werden, wirtschaftliche Erwartungen mit bezahlbaren Energiepreisen und kommunalen Versorgungsaufgaben in Einklang zu bringen. Deshalb komme es nicht nur auf die Finanzierungskonditionen, sondern auch auf die langfristige Zusammenarbeit und die Unternehmenskultur der Partner an.

Ehrbar-Wulfen machte zudem deutlich, dass nicht nur private Beteiligungen Risiken bergen. Auch unterlassene Investitionen könnten erhebliche wirtschaftliche Folgen haben, etwa durch steigende Baukosten, veraltete Infrastruktur oder verpasste Anschlussmöglichkeiten. Entscheidend sei deshalb, Kosten und Risiken über die gesamte Laufzeit eines Projekts sinnvoll zu verteilen.

Langfristige Planung entscheidend

Zum Abschluss des PraxisTalks empfahl Ackermann den Stadtwerken, ihre Finanzierungsstrategie frühzeitig auf die kommenden Jahre auszurichten. Grundlage müsse eine langfristige Investitions-, Ergebnis- und Liquiditätsplanung sein. Darauf aufbauend sollten sie mit ihren kommunalen Gesellschaftern abstimmen, welche Mittel selbst erwirtschaftet werden könnten und wo zusätzliche Kapitalquellen erforderlich seien.

Ehrbar-Wulfen forderte die Kommunen auf, stärker auf die langfristige Investitionsfähigkeit ihrer Stadtwerke zu achten, statt allein die jährlichen Gewinnausschüttungen in den Blick zu nehmen. Gleichzeitig müssten auch die Unternehmen ihre Kostenstrukturen überprüfen und Effizienzpotenziale erschließen.

Beckert sieht insbesondere die Politik gefordert, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. „Kapital ist grundsätzlich vorhanden“, sagte er. Investoren und Kreditgeber benötigten jedoch stabile regulatorische Vorgaben und langfristige Planungssicherheit. Ergänzend seien Instrumente zur Eigenkapitalstärkung und Risikoabsicherung notwendig.

Der erste stadt+werk PraxisTalk zeigte damit, dass die Finanzierung der Energiewende zunehmend neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Stadtwerken, Kommunen, Banken und privaten Investoren erfordert. Ein einzelnes Finanzierungsmodell wird die Herausforderungen kaum lösen können. Vielmehr kommt es darauf an, öffentliche und private Mittel projektbezogen zu kombinieren und dabei die

kommunale Handlungsfähigkeit langfristig zu sichern.

()

• Sie haben das Webinar „Privates Kapital für die Energiewende“ verpasst? Hier finden Sie die Aufzeichnung.

Stichwörter: Finanzierung, Emscher Lippe Energie (ELE), NRW.BANK, s+w PraxisTalk, Stadt Recklinghausen, Stadtwerke Gelsenkirchen